

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine sehr verehrten Damen und Herren des Rates,

Der Haushaltsentwurf 2012

Die Verwaltung bringt heute unter sehr schwierigen Rahmenbedingungen den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2013 ein. Der Gesamtergebnisplan im Entwurf weist ordentliche Erträge in Höhe von 1.900.132.000 € aus, denen ein Aufwand von 1.953.906.000 € gegenübersteht. Die Finanzerträge und die Zinsen sowie die Finanzaufwendungen hinzugerechnet ergibt sich ein vorausgesagtes Jahresergebnis von -73.343.611 €. Mit dieser ohne Zweifel beachtlichen Neuverschuldung in Höhe von über 73 Mio. € ist die Stadt Dortmund gleichwohl die einzige kreisfreie Stadt im Ruhrgebiet, die ihre finanzwirtschaftliche Selbstständigkeit behält und zu keiner Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes verpflichtet ist. Aller Voraussicht nach wird der Haushaltsplanentwurf 2013 nach der Verabschiedung durch den Rat durch die Bezirksregierung Arnsberg genehmigt werden können. Die Stadt Dortmund muss sich nicht am „Stärkungspakt für Kommunen“ beteiligen, d. h. sie ist stark genug, ihre Haushaltswirtschaft ohne zusätzliche Landesmittel zu bestreiten. Anders als 34 Gebietskörperschaften derzeit in Nordrhein-Westfalen erhalten wir keine 10 oder 20 oder 30 oder 40 oder ... oder 108 Mio. € jährliche Finanzspritze aus dem Landeshaushalt, um eine Überschuldung der Stadt abzuwenden.

Uns geht es gleichwohl nicht gut – jedenfalls bezogen auf die städtische Haushaltslage. Auch der vorliegende Haushaltsplanentwurf ist weiterhin von einer Schieflage zwischen Erträgen und Aufwendungen gezeichnet, der Eigenkapitalverzehr setzt sich fort, und an der permanenten Konsolidierungspolitik der Stadt geht kein Weg vorbei.

Im Vergleich allein zu vielen Kommunen in Nordrhein-Westfalen sind wir aber keinen dramatischen Restriktionen im kommunalpolitischen Handeln unterworfen, wir können frei investieren in einem gesetzten Rahmen, unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Stadtverwaltung haben sichere Arbeitsplätze und können an ihrem beruflichen Fortkommen und Aufstieg arbeiten.

Die relative Stabilität unserer kommunalen Haushaltssituation in sehr, sehr instabilen Zeiten verdanken wir als Verwaltung und Ratspolitik einer Gemeinschaftsleistung. Selbstdisziplin der Verwaltung, die loyale Mitwirkung von Vereinen und Verbänden, kluge Unternehmungslenkungen in der Kommunalwirtschaft und das Verständnis von Bürgerinnen und Bürgern haben in wechselseitiger Ergänzung erreicht, dass wir heute feststellen können: auch in Finanzdingen herrscht in unserer Stadt die Bereitschaft vor, sich mit Nachdruck den Problemen zu stellen und aufkommende Schwierigkeiten durch Arbeit zu beheben. Dortmund ist eine starke Stadt! Und Dortmund hat die Kraft, einen ausgeglichenen Haushalt im Zeitraum 2015 – 2016 vorzulegen. Dazu bedarf es bestimmter Bedingungen – wir gehen später darauf ein.

Dank an die „ARGE Dortmunder Haushaltskonsolidierung.“

Ich möchte etwas für eine Haushaltsrede Ungewöhnliches mit Ihnen betreiben – denn ich will mich bedanken: Wie schon angedeutet sind alle Anstrengungen einer kommunalen Haushaltskonsolidierung an Voraussetzungen gebunden. Die Bürgerinnen und Bürger in der Stadt müssen Verständnis für einen politischen Kurs aufbringen, der ihnen höhere Entgelte, höhere Abgaben, höhere Steuern auf der einen Seite und manche Einschränkung bei den städtischen Leistungen auf der anderen Seite abverlangt. Aus Einsicht in die Notwendigkeiten konnten sich Ratspolitik und Verwaltung auf die aktive Mitwirkung der Bürgerschaft verlassen.

Akzeptanz hat gefunden,

- dass wir die Erreichbarkeit von Bürgerdiensten zeitlich eingeschränkt haben,
- dass wir aus kommunaler Kraft kein Sozialticket mehr finanzieren konnten,
- dass wir für eine Unzahl von Vereinen und Verbänden die Förderungen reduziert haben,
- dass wir zeitweise die Grünpflege in der Stadt in der Qualität drosselten.
- dass in unseren Schulen die Ausstattung mit digitaler Technologie leider nicht auf einem Topniveau für die Kinder zu finden ist,
- dass wir sogar Schwimmbäder in die Vereinsträgerschaft überführt haben, um die Kosten für die Betriebsführung für den städtischen Haushalt fast um die Hälfte zu reduzieren.

Auch brachten die Bürgerinnen und Bürger dafür Verständnis auf, dass die Gewerbesteuer, dass die Grundsteuer, das Entgelte und Gebühren angehoben wurden für höhere Erträge in der Stadtkasse. Ohne die Bereitschaft der Bürgerschaft, solche und viele andere Maßnahmen mitzutragen, wäre eine Haushaltskonsolidierung in Dortmund nicht vorstellbar. Es gebührt den Bürgerinnen und Bürgern ein großer Dank für ihre Kooperationsbereitschaft und für das Verständnis, das sie dem kommunalen Handeln entgegen gebracht haben.

Dank gebührt überdies der Politik im Rat, die den Mut hatte, Richtungsentscheidungen für all diese Veränderungen herbeizuführen. Solche Entscheidungen sind nie populär, viele Ratsvertreterinnen und Ratsvertreter mussten sich sicherlich konfliktreichen Diskussionen stellen und Standhaftigkeit beweisen. Dass kommunalpolitisches Handeln in einer derartigen Ausrichtung gelebte Verantwortungsübernahme dokumentiert, verdient großen Respekt.

Bedanken möchte ich mich ebenso bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, die in Ämtern, Fachbereichen, Eigenbetrieben der Stadt bereit waren, auf Besitzstände zu verzichten, mehr Arbeit zu schultern, Personaleinsparungen mitzutragen und insgesamt nicht selten schlechtere Bedingungen für ihre alltägliche Arbeit zu akzeptieren. Im städtischen Orchester, das gerade seinen 125. Geburtstag begeht, spielen weniger Musikerinnen und Musiker. Der Ballettchef musste auf eine Tanztheaterproduktion verzichten, weniger Techniker und Bühnenhandwerker finden sich im Theaterbetrieb verglichen mit 2008. Die Personaleinsparungen über die gesamte Stadtverwaltung haben dazu geführt, dass in den Bürgerdiensten, beim Bauordnungs- und Stadtplanungsamt, bei DOSYS und bei der Feuerwehr stets weniger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oft mit einer gleichen oder einer ähnlichen Arbeitsmenge konfrontiert waren. Diese Situation kann auf Dauer nicht so bleiben. Im Moment verdanken wir dem Einsatzwillen der Kolleginnen und Kollegen beträchtliche Einsparungen im Personalkostenbudget der Stadt. Auch die Stadtkasse und die Stadtkämmerei, der Sozialbereich und die Kulturinstitutionen haben sich aktiv an – eigentlich genau betrachtet – der Verschlechterung ihrer Arbeitssituation beteiligt. Wenn Sie noch bedenken, dass die Stadtverwaltung die Möglichkeiten für Überstunden, Freizeitausgleich oder Zulagen deutlich reduziert hat, werden Sie vielleicht ein Verständnis dafür aufbringen, dass den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Stadt Dortmund für ihre Veränderungsbereitschaft, für die Bereitschaft zusätzliche Belastungen zu tragen, und für die Bereitschaft Einbußen hinzunehmen, großer Dank gebührt.

Die „ARGE Haushaltskonsolidierung in Dortmund“ hat über 75 Mio. Euro an Haushaltsverbesserungen strukturell erwirtschaftet, die sich aus Ausgabensenkungen und zusätzlichen Erträgen zusammensetzen. Das sind die Leistungen, die innerhalb der Kernverwaltung und in ihrem Leistungsspektrum erbracht worden sind.

Vergessen wir bitte nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren, ebenso ist der Kommunalwirtschaft, den kommunalen Unternehmen und der Sparkasse Dortmund großer Dank zu sagen.

In den zurückliegenden 3 - 4 Jahren hat die starke Kommunalwirtschaft Dortmunds viele Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger innerhalb der Stadt erbracht, die traditionell in der Kernverwaltung angesiedelt waren. Dazu gehören Entwicklungen wie der Phoenix-See, ein umfangreiches Förderung- und Sponsoringgeschäft für Hunderte von Vereinen in Dortmund. Dazu gehören soziale Unterstützungen und die Initiative bei einer Vielzahl von Stadtentwicklungsprojekten. Nur leistungsstarke kommunale Unternehmen sind in der Lage, mitunter unternehmensfremde Aufgaben zu schultern und die Entwicklung der Stadt nach Vorne zu treiben. Unternehmenslenkungen und Mitarbeiterschaft der Dortmunder Kommunalwirtschaft sind strategisch und im operativen Geschäft bestens organisiert, sodass die Jahresabschlüsse unserer Unternehmen uns keine Sorge bereiten müssen, im Gegenteil: die kommunalen Unternehmen und die Sparkasse Dortmund haben den städtischen Haushalt unterstützt, teils finanziell beträchtlich ausgestattet. Sie sind eine wesentliche Stütze, manchmal der Motivator in der „ARGE Haushaltskonsolidierung“. Also, einen herzlichen Dank an die städtischen Unternehmen und an die Sparkasse Dortmund.

Warum unterbreite ich Ihnen diese Informationen in so epischer Breite? Ich möchte Ihnen ein Gespür für folgende Feststellung vermitteln: unsere Stadt ist in der Gesamtaufstellung eine sehr starke, handlungsorientierte und problembewusste Stadt. Wir agieren als „Arbeitsgemeinschaft Haushaltskonsolidierung“ in einem Gemeinschaftsverständnis, dass wir die Probleme, die auf uns zugekommen sind, schultern werden und dass wir uns für die Zukunftsbewältigung anstrengen wollen. Und wir haben in den zurückliegenden 3-4 Jahren gewaltige Veränderungen bereits vorgenommen in einer breiten Akzeptanz und mit vielen Einschränkungen für Bürgerinnen und Bürger, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Hier finden Sie keine Hängematten, hier sitzt keiner auf dem Stuhl und guckt in die Landschaft – wir betreiben Haushaltskonsolidierung in Permanenz als Gemeinschaftsveranstaltung.

Zuletzt aber wächst die Einsicht, dass wir die konventionellen Muster kleinräumiger, kleinteiliger Haushaltskonsolidierungsbemühungen und stetiger Personalreduktion nicht unentwegt fortführen können. Die Analyse unserer Haushaltsgegebenheiten zeigt glasklar an, dass die Haushaltsbelastung durch steigende soziale Aufwendungen jedes Jahr höher ausfällt als die Addition ordentlicher Erträge aus Steuern und Schlüsselzuweisungen und Haushaltskonsolidierungsanstrengungen.

In jedem Jahr müssen wir für die sozialen Ausgaben der Stadt in Jugendhilfe, Kosten der Unterkunft, sozialen Unterstützungsleistungen, Zahlungen an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe, für die Kindertagesbetreuung, für die Inklusion der Menschen mit Behinderung in unserer Stadt, für Kranke wesentlich mehr Geld aufwenden, als wir durch Haushaltskonsolidierungen erwirtschaften oder durch Steueraufkommen und Schlüsselzuweisungen erhalten. Die Wachstumsrate der Ausgaben für Soziales ist stets dynamischer als die Kombination aussparen und ordentlichen Erträgen. Wenn wir hier einen Ausgleich erreichen wollten aus eigener städtischer Kraft, müssten wir in jedem Jahr zusätzlich Haushaltsverbesserungen von 30 – 40 Mio. Euro erzielen.

Was heißt das im konkreten Fall? Wenn eine Stadtverwaltung Dortmund aus eigener Kraft ein solches Volumen des zusätzlichen Aufwandes finanzieren wollte, müsste sie in jedem Jahr Leistungen wie die gesamten Sport- und Freizeitaktivitäten mit dem kompletten Personal, das dafür Verantwortung trägt, abbauen. Alternativ könnten sie die Hälfte sämtlicher Kultur- und Freizeiteinrichtungen schließen und das beschäftigte Personal nach Hause schicken. Das Dilemma, in dem Sie stecken, Sie müssten, um den Ausgleich zu erreichen in Ihrem Haushalt, diese Prozedur jedes Jahr mit einem anderen Aufgabenbereich oder einer anderen Leistungserbringung exerzieren. Schon dieses kleine gedankliche Experiment offenbart, für unsere Stadt ist ein solcher Vorschlag indiskutabel, weil nicht ausführbar und geradezu absurd.

In der Konsequenz müssen wir, wenn wir weitere Veränderungen herbeiführen wollen, einen Richtungswechsel einläuten.

Richtungswechsel!

Kommunale Politik unter den Bedingungen der Finanz- und nachfolgenden Wirtschaftskrise hat mitunter etwas Paradoxes: Mit einer gewaltigen Kraftanstrengung bauen wir in Dortmund Kindertageseinrichtungen bis zum Jahre 2013 und 14 aus, wir sanieren Schulen in großer Dimension, müssen Turnhallen errichten und flächendeckend die schulische Ganztagesbetreuung unterbringen. Zudem muss Dortmund attraktiv bleiben, damit wir als Stadt des Einzelhandels, der Hochtechnologie, der Logistik, des Versicherungsgeschäftes und der Kreativszene Unternehmen, folglich Arbeitsplätze in der Stadt halten und neue Unternehmen zur Ansiedlung bewegen können. Dortmunds Engagement für die Energiewende ist wegweisend. Und im gleichen Augenblick sind wir gehalten, die Möglichkeiten der Haushaltskonsolidierung – den Umständen geschuldet – soweit wir nur irgend erträglich auszuschöpfen. Dabei wächst durch die ansteigenden sozialen Ausgaben der Handlungsdruck von Jahr zu Jahr.

Wenn wir unsere Stadt lebenswert und attraktiv halten wollen, den sozialen Ausgleich nicht gefährden möchten und der nachwachsenden Generation beste Entwicklungsmöglichkeiten einräumen, benötigen wir für die Haushaltskonsolidierung eine zumindest partielle Richtungsänderung. Ohne das Eine zu lassen, nämlich weiter permanent Ausgaben zu reduzieren und neue Einnahmen zu erschließen, werden sich zum Anderen im großen Stil bemerkbare finanzielle Entlastungen für den städtischen Haushalt nur über Formatwechsel noch organisieren lassen. Was heißt das? Nur wenn wir auch politisch wie administrativ die Bereitschaft aufbringen, größerformatige Veränderungen in der Stadtverwaltung herbeizuführen, können wir Kostenoptimierungseffekte heben. Zurückliegend haben wir mit der Gründung von Eigenbetrieben, mit der Verantwortungsübergabe der Schwimmbäder beträchtliche Effizienzsteigerungen oder Kostenreduktionen erwirken können. Perspektivisch müssen wir, wie von der Ratspolitik zum Dezember 2011 vorgegeben, das Thema der Stadtentwässerung organisatorisch neu aufstellen.

Die Gründung eines Eigenbetriebes für diesen Bereich erschließt uns zusätzliche Investitionsmöglichkeiten und zusätzliche Investitionsgeschwindigkeit. Das tut not, denn wir haben einen investiven Nachholbedarf in unserem Kanalnetz, der bearbeitet werden muss. Außerdem eröffnet die Einbindung des Investitionsgeschehens in einen Eigenbetrieb Stadtentwässerung die Chance innerhalb der städtischen Investitionsmöglichkeiten Mittel umzuorganisieren auf den Bereich vorschulischen und schulischen Bildung.

Auch hier herrscht hoher Handlungsdruck. Möglicherweise empfiehlt es sich, für die Zukunft auch andere Bereiche des städtischen Verwaltungshandelns hinsichtlich eines Formatwechsels zu überprüfen. Gilt doch insgesamt, dass die städtischen Arbeitsplätze – seien sie nun in der Kernverwaltung oder in Eigenbetrieben und Eigengesellschaften der Stadt – sicher sind bei tarifgerechter Bezahlung.

Einen Richtungswechsel – und das ist jetzt entscheidend – benötigen wir ein weiteres Mal: Erfolgreiche Konsolidierungspolitik für den städtischen Haushalt benötigt die politischen Initiativen für eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen. Heute können wir feststellen, der Ruf von Städten und Gemeinden, den Bund stärker als bisher an den Kosten einer älter werdenden und mit mehr Behinderungen ausgestatteten Gesellschaft zu beteiligen, verhallt nicht ungehört. Unsere Forderungen sind bekannt, wir müssen sie nur noch einmal deutlich wiederholen:

1. Wir benötigen das Bundesteilhabegeld, also die Partizipation der Bundesregierung an den Kosten der Eingliederungshilfe, sodass unser städtischer Haushalt strukturell um wenigstens 40 Mio. € entlastet wird.
2. Wir benötigen ein stärkeres Engagement der Bundesregierung bei der Kostenübernahme für den Bereich „Kosten der Unterkunft“ sodass unser städtischer Haushalt jährlich um wenigstens 10 Mio. € strukturell entlastet wird.

3. Wir benötigen ein stärkeres Engagement des Bundes und der EU zur Finanzierung der sozialen Folgen der EU-Integration nach Osteuropa, sodass unser städtischer Haushalt jährlich um heute 5, später wahrscheinlich 10 – 15 Mio. € strukturelljährlich entlastet wird.
 4. Wir benötigen eine Neuausrichtung des Solidarpakts nicht nach Himmelsrichtungen, sondern nach Bedarf, sodass unser städtischer Haushalt jährlich strukturell um 20 Mio. € entlastet wird.
- Und wir benötigen auf Bundes- und Landesebene Gesetzgebungen, vor Allem im sozialpolitischen Bereich, die konsequent das Primat der Konnexität beachten, wonach der, der die Musik bestellt, sie auch zu bezahlen hat.

Unsere Haushaltspolitik der letzten Jahre hat demonstriert, dass Politik, Verwaltung und Bürgerschaft der Stadt Dortmund bereit sind, entschlossen sind, sich verantwortungsvoll und zuversichtlich den Haushaltsproblemen zu stellen. Wir konnten uns auf diese Art und Weise unsere Investitionsmöglichkeiten erhalten und genehmigungsfähige Kommunalhaushalte aufstellen. Die Stadt selbst ist wesentlich attraktiver geworden – durch die City-Entwicklung, durch die Veränderung von Hörde, durch Sportanlagen, Kulturbauten, Schulsanierungen, durch Stadtbezirkentwicklungen. Im Ergebnis hat sich das Aufkommen von Touristen in den letzten neun Jahren verdoppelt.

Wann, fragen wir jetzt, übernimmt die Bundesregierung endliche weitere finanzpolitische und sozialpolitische Verantwortung für die Städte und Gemeinden? Hier brauchen wir dringendst den Richtungswechsel, der auf der Landesebene längst eingesetzt hat. Der „Stärkungspakt für Kommunen“ des Landes Nordrhein-Westfalen ist für Viele schon die Rettung in letzter Sekunde geworden. Eine stärkere Verantwortungsübernahme des Bundes für die geradezu explodierenden sozialen Ausgaben in den Städten und Gemeinden ist überfällig und in jeder Hinsicht gerechtfertigt!